

machen und zu verdeutlichen, wie und warum dort auch ihre Anliegen diskutiert werden.

In 4 „langen Märschen“ wollen sich Dalits aus vier Richtungen nach Bombay auf den Weg machen und unterwegs Hunderte von Diskussionsveranstaltungen und Kundgebungen abhalten. Sie marschieren von Norden aus Jammu (über die Bundesstaaten Punjab, Haryana, Rajasthan und Gujarat), aus Delhi (durch die Bundesstaaten UP, Bihar, Jharkhand, MP, Maharashtra), von Osten aus Kalkutta (durch Westbengalen, Chattisgarh, Orissa, AP) und schließlich aus dem Süden von Kanyakumari (durch TN, Kerala, Karnataka, AP und Maharashtra) nach Bombay. Alle vier Märsche beginnen am 6. Dezember, dem Geburtstag Ambedkars, des Idols der indischen Dalitbewegung. Unterwegs wird in ca. 1000 Dörfern und Städten Halt gemacht. Die Routen wurden so gewählt, dass möglichst viele Gegenden besucht werden, wo die Kastenspannungen besonders groß sind oder in der Vergangenheit schwerere Übergriffe auf Dalits stattgefunden hatten. An Plätzen und Stätten wo es in früheren Jahren Tote gab, soll der „Martyrer“ gedacht werden.

Die Märsche sollen aber auch dazu beitragen, dass für die Dalits die eigene Identität gestärkt wird und sie ihr unveräußerliches Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit als Bürger Indiens selbstbewusst artikulieren. Darüber hinaus geht es um ihren Anspruch auf ein Leben in Würde, das materiell einigermaßen abgesichert und nicht mehr größtenteils durch Armut gekennzeichnet ist. Die Dalit-Frauen, die nicht nur unter der allgemeinen Diskriminierung gegen Dalits leiden, sondern vielfach auch noch von ihren Männern zusätzlich unterdrückt werden, wollen ihr Recht auf ein würdevolles Leben, befreit von den Fesseln eines überkommenen, häufig noch feudal anmutenden, Patriarchats bekräftigen. Für die Kinder wird es um deren

Recht auf eine angemessene Erziehung gehen.

Ergänzend sollen diese Märsche zur Kontaktaufnahme und Zusammenarbeit der verschiedenen Dalitgruppierungen und -strömungen führen, aber auch Möglichkeiten der Kooperation mit Gruppen und Bewegungen in einzelnen Sektoren (z.B. Landrechte, Umwelt, Wasser usw.) eruieren lassen. Man hofft, dass daraus eine über das WSF hinausreichende Zusammenarbeit und eine für die Zukunft machtvolle Allianz aller Dalits erwächst.

Die Themen und Gestaltung der Veranstaltungen auf dem WSF stehen noch nicht im einzelnen fest. Es ist aber sicher, dass auch Vertreter/-innen aus anderen asiatischen und afrikanischen Ländern, in denen es kastenähnliche Diskriminierung gibt, dabei sein und ihre Situation schildern werden.

Wenn Sie Verbindungen zu indischen NRO's oder Bewegungen haben, die an einer Teilnahme an diesen Märschen interessiert sein könnten, wenden Sie sich bitte an die untenstehende Adresse, über die dann weitere Kontakte hergestellt werden können.

(W. Hahn)

Urteile für die Mörder an Missionar Staines

Am 15. und 22. September hat das Distriktgericht in Bhubaneswar im indischen Bundesstaat Orissa die Urteile für die Mörder an dem australischen Missionar Staines und seinen zwei minderjährigen Söhnen gefällt. Angeklagt waren 12 Männer und ihr Anführer, Dara Singh. Der Hauptangeklagte Singh wurde zum Tode verurteilt, 12 seiner Kumpane erwartet jeweils eine (meist doppelt ausgesprochene) lebenslange Haftstrafe, ein weiterer Mann wurde mangels Beweisen für seine Tatbeteiligung freigesprochen. Das Todesurteil muss noch durch das höchste Gericht des Bundesstaates (High Court) bestätigt werden.

Vor fast 5 Jahren, im Januar 1999, wurde der australische Missionar Staines, der seit 1965 in Indien arbeitete, zusammen mit seinen zwei 7 und 11 Jahre alten Söhnen in den abgelegenen Wäldern Orissas von radikalen Hindu-Nationalisten grausam umgebracht. Staines hatte seine beiden Kinder auf eine „Busch-Tour“ mitgenommen, bei der er die Gemeinden seiner Kirche, die auch vielerlei karitative Projekte in diesem Ureinwohnergebiet initiiert hatte, besuchen wollte. Nach der Abendandacht hatte er sich mit seinen Söhnen in das Jeep zum Schlafen zurückgezogen. In der Nacht kamen dann mehrere Männer und zündeten das Jeep an. Die drei Besucher verbrannten elendiglich, weil die Täter die Dorfbewohner von jeder Hilfeleistung mit Gewalt zurückhielten. Indien und v.a. die westliche Welt waren geschockt!

Die Tat war damals der Höhepunkt in einer Welle antichristlicher Übergriffe von Hindu-Nationalisten, denen mehrere indische Priester und Nonnen zum Opfer fielen. Die Hindu-Nationalisten um RSS (Nationaler Freiwilligenbund), Bajrang Dal (einer Art indischer SA) und VHP (Nationaler Hindurat) wollen ein Indien für Hindus schaffen und gehen in ihren radikalsten Forderungen so weit, die Vertreibung v.a. der Muslime und Christen, deren Religionen als un-indisch dargestellt werden, zu propagieren. Mit gezielten Vergewaltigungen und Morden versuchen sie immer wieder die andersgläubigen Minderheiten zu verunsichern und in Existenzangst zu versetzen.

Der Tod des Missionars war der letzte Anlass für viele westliche Regierungen gewesen, die indischen Behörden zu wirksamen Maßnahmen gegen diese Welle von Ausschreitungen zu drängen. Man möchte hoffen, dass dieses späte Urteil ein Signal dafür ist, dass der indische Staat seine Verantwortung für die Minderheiten wahrnimmt und sie nicht schutzlos Gewalt und Einschüchterung überlässt.

Wahrscheinlicher ist aber, dass nur der erwähnte Druck von außen und nicht ein inneres Anliegen der Verantwortlichen bezüglich Grundrechten und Minderheitenschutz zu unterschiedeneren Schritten geführt haben. Diese Vermutung legen jedenfalls die Ereignisse in Gujarat nahe, wo es vor etwa einhalb Jahren ein Pogrom mit Massakern an mindestens 2500 Muslimen gab und noch keine ernsthaften Anstrengungen erkennbar sind, die Täter zur Verantwortung zu ziehen.

Das Urteil gegen die Staines-Mörder hat deshalb, nicht zuletzt in seiner Härte, wohl auch etwas Demonstratives – bei ähnlichen Vorkommnissen ohne ausländische Betroffenheit dauert es nicht nur noch wesentlich länger, bis Urteile gefällt werden, sie sind dann in der Regel auch deutlich milder. Dies muss den Beobachter, bei aller Zufriedenheit über die Verurteilung der Täter, in mehrfacher Weise nachdenklich stimmen: es zeigt zum einen, dass die westlichen Regierungen, wenn sie es wirklich ernst meinen, durchaus einen Einfluss auf die indischen Behörden haben; es macht zum anderen aber auch deutlich, dass diese Staaten offenbar nicht gewillt sind, auf eine ähnlich klare Weise die Einhaltung der Menschenrechte und des Minderheitenschutzes für Muslime oder die Dalits im allgemeinen einzufordern. Eben dies erfährt das Internationale Dalit Solidaritäts Netzwerk in seinen Lobbykontakten noch viel zu häufig: Menschenrechte sind u.a. für die deutsche Außenpolitik nach wie vor eine Verfügungsmasse – andere Interessen sind, zumindest gegenüber Indien, vorrangiger. Trotz aller anderslautenden Bekenntnisse.

Noch ein Wort zum Todesurteil: So sehr man die Verurteilung der Täter begrüßen wird, so sehr ist man auch bestürzt darüber, dass es in Indien noch immer die Todesstrafe gibt. Das kann keine Menschenrechtler mit dem Urteil übereinstimmen lassen und macht gegebenenfalls eine Kampagne nötig. Es

wird spannend werden, die Reaktionen der westlichen Regierungen auf das Urteil zu beobachten.

(W. Hahn)

Behind the Open Door - Die Unberührbaren **Ein Dokumentarfilm über indische Latrinenreiniger auf dem Asia-Pacific Film Festival in Berlin**

„Hundertdreißig Jahre sind vergangen, seit die erste Kanalisation in Indien, in Kalkutta, in Betrieb genommen wurde. Was ist nicht alles geschehen in diesen 130 Jahren: Queen Victoria wurde indische Kaiserin und die Briten verließen das Land, die Hungersnöte nahmen ein Ende und die Bevölkerung nahm zu, eine Verfassung wurde erlassen und die Kastentrennung aufgehoben, Indien wurde geteilt und Gandhi erschossen, der Reichtum erreichte die Glücklichen und die Armut blieb den Armen, Fernseher wurden importiert und Computerprogramme exportiert.

Aber eines ist gleich geblieben. Der Kot der Menschen wird weiter von Hand aus den Toilettenlöchern geschöpft und gekratzt, in Metallkübel gefüllt und auf dem Kopf wegtransportiert. Die Kanalisation, die 1870 Kalkutta erreichte, ist auf ihrem Siegeszug stecken geblieben. "Scavenger", Müllmenschen, müssen die widerliche Arbeit tun. Es sind die untersten der "Unberührbaren", meist Frauen, die für umgerechnet zwölf Cent je Monat und Toilette an die Außenmauer der Häuser treten, eine Luke öffnen und einen Hohlraum leeren, um dann zu verschwinden.

In "Behind the Open Door", dem Dokumentarfilm von Falko Zubairi, der am Freitag in Berlin im Rahmen der Asien-Pazifik-Wochen Premiere feierte, begleitet die Kamera eine dieser Frauen auf ihrem Gang. Man sieht sie von hinten durch die Gassen von Patna gehen, während Passanten

ausweichen, man sieht sie über eine Müllhalde laufen, man sieht sie ihren Kübel in einen flachen Tümpel entleeren und gleich darauf Hände und Beine in eben diesem Wasser waschen.

Es sind starke Bilder, die Zubairi zeigt. Man erfährt aus ihnen, wie erniedrigend und hart die Arbeit der Scavenger ist - wenig aber darüber, was sie selbst über ihre Arbeit denken oder über die Menschen, für die sie sie tun. Stattdessen ergreifen im Film zumeist andere das Wort: Dr. Bindeshwar Pathak zum Beispiel und Martin Macwan, die beide bei der Premiere anwesend waren und für ein Ende des Elends kämpfen. Der eine sieht die Lösung praktisch-technisch - seine riesige Hilfsorganisation baut neue, billige Toiletten sowie Schulen für Scavenger - der andere kämpft als Rechtsanwalt für einen Mentalitätswandel.

Zubairis Film ist privat finanziert worden, ohne öffentliche Mittel. Es ist ein Film geworden, der seine sozialpolitische Botschaft sehr direkt verkündet. Aus dem Blickwinkel des westlichen Zuschauers hätte er freilich auch die Fremdheit direkter angehen müssen. Nicht nur die Ungerechtigkeit der bestehenden Verhältnisse hätte gezeigt werden müssen, sondern auch deren Macht und worauf sie sich stützt.

Offiziell ist die Unberührbarkeit in Indien abgeschafft. Das Kastendenken ist jedoch nicht überwunden."

Dieser leicht gekürzte **Kommentar aus der „Berliner Zeitung“** spricht zwar zu Recht gewisse Schwächen des Films an, aber ein geübtes Ohr oder ein zweimaliges Anschauen verhilft dazu, auch zu diesen kritischen Punkten Antworten bei den Interviewten zu finden. Es ist auf alle Fälle ein bedrückender Film, der ein „Muss“ ist für alle, die sich mit Indien beschäftigen. Die Situation der Latrinenreiniger, einer ungefähr 800 000 Menschen umfassenden Untergruppe der kastenlo-

sen "Unberührbaren" (oder „Dalits“ – die „Zerbrochenen“ - wie sie sich in dialektisch gewendetem und politisch erwachtem Selbstbewusstsein selbst nennen) wird einen danach nicht mehr loslassen. Deshalb hat auch die „Plattform“ versucht, so gut wie möglich mitzuhelfen, dass dieser Film fertiggestellt werden konnte. Sie wird sich auch künftig für seine Verbreitung einsetzen.

Leider kann er gegenwärtig nicht verliehen oder verkauft werden, da noch versucht wird, einen Fernsehsender für eine Ausstrahlung zu gewinnen.

Wir werden Sie über die weitere Entwicklung auf dem Laufenden halten.

(W. Hahn)

Religionsfreiheit für Dalits?

Das im Folgenden wiedergegebene Ereignis macht auf eindrückliche Weise jene von Professor Thorat in Bad Boll angesprochene „Heimatlosigkeit“ der Dalits im Hinduismus deutlich (vgl. untenstehenden Kurzbericht). Obwohl sich einerseits die Hindu-Nationalisten der Hindutva-Bewegung gegen alle Konvertierungen stemmen und v.a. gegenüber Dalits und Adivasis (Ureinwohnern) Re-Konvertierungskampagnen starten, wird andererseits die blanke Wahrheit des Willens zum vollständigen Ausschluss der Dalits vom religiösen hinduistischen Leben sichtbar. Dalits haben nach dieser Lesart kein Recht auf Religion und Spiritualität. Sie sollen weder in den Tempel gehen noch außerhalb irgendwelche religiösen Praktiken und Riten vollziehen. Das geschilderte Ereignis offenbart damit geradezu exemplarisch die Falschheit der Hindutva-Ideologie: bei der Forderung nach Re-Konvertierung derjenigen, die zum Christentum, Islam oder gar Buddhismus übergetreten sind, geht es nicht um das geistlich-spirituelle Wohlergehen dieser Menschen,

sondern um einen religiös verbrämten Nationalismus (im wesentlichen gegenüber den Muslimen) und einen Klassenkampf von oben, der aus der Angst gespeist ist, die große Verfügungsmasse billigster Arbeitskräfte könnte „verloren“ gehen und dabei die sozialen Grundlagen der indischen Gesellschaft in Frage stellen. Die Protagonisten dieser Ideologie sind aber weit entfernt davon, den Dalits eine religiöse und soziale „Heimat“ anzubieten um sie wirklich dauerhaft für sich gewinnen zu können.

Am meisten bedrückt an diesem Vorfall aber, dass auch das Eingreifen der staatlichen Instanzen (von der lokalen Polizei über Distriktbehörden [oberster Polizeichef und höchster Beamter des Distrikts] bis zum lokalen Parlamentsvertreter, der zugleich Landesminister ist) kein Umdenken bei den hinduistischen Hardlinern bewirkte. Es ist schwer vorzustellen, dass hinter all den Maßnahmen der staatlichen Behörden kein ernsthafter Wille stand, den Dalits zu ihrem Recht zu verhelfen. Wenn schon der Kampf der Dalits um einen so kleinen Schritt zur vollen Teilhabe am gesellschaftlichen, religiösen und kulturellen Leben zu solch heftigen Auseinandersetzungen führt, wie soll das dann erst bei größeren und breitenwirksameren Veränderungen werden? Der Gedankengang macht Alpträume!

Bericht aus: The Hindu, 3.9.2003 „Three hurt in police firing in Peapuly

By Our Staff Reporter, KURNOOL

Violence erupted once again at Peapuly in Kurnool district on Tuesday where trouble started over immersion of Ganesh idol yesterday. Three persons sustained bullet injuries as the police opened fire today to control violence. Three constables also received injuries in stone throwing. The violent mob indulged in arson and looting and attacked police parties with stones. Two

shops were set on fire, one shop was looted and three kiosks, all belonging to Scheduled Caste (SC = Dalit) families, were damaged. An SC house which was close to the main town was also attacked. The police fired over 70 rounds and dispersed the mob.

The Superintendent of Police, N. Sanjay, who was camping along with the Collector, Ajay Jain, and the DIG of Police, Satyanarayan, at Peapuly said curfew was clamped in certain sensitive areas of the town while prohibitory orders under section 144 of Cr. P.C. were in force in the remaining areas.

The trouble started yesterday when the upper caste people reportedly objected to a procession being taken out by the SCs through their locality. Roads in the upper caste localities were blocked and violence started when the police tried to remove the obstacles. The mob damaged the idol leading to tension. The police secured another idol and proposed to escort the procession today. The promise had further enraged the upper caste people. The people in upper caste localities who moved in groups allegedly attacked police and tried to assault journalists too accusing them of sympathising with the SCs through their reporting. At one stage the senior officers were held up at the police station and could not enter the town. After the additional troops joined them, the police resorted to action and opened fire. The gangs dispersed after the firing. Damage to shops and houses of the SCs was estimated at Rs. 67,000. The injured were shifted to hospital.

Dalit families, whose population was around 1,000 out of total population of 13,000 were fearing for life. They expressed fears that they may not be able to return to their homes immediately as the upper caste people were crying for vengeance. The MRPS leaders who gathered at the

place to support SCs could not take up any agitation except sympathise with them after seeing the violent mood of upper caste people, especially Boyas, Telagas and Reddys. Attacks were allegedly carried out on the houses of few Vsyas, who sympathised with the SCs."

Der Bericht einer lokalen NGO bietet eine interessante Ergänzung:

"The untouchable Ganesha

The Dalits of Peapuly village in Kurnool district brought Ganesha to their settlement to celebrate Vinayaka Chaviti. After the celebration, when the Dalits wanted to send Ganesha off, the upper caste people stopped the procession and destroyed the Ganesha. They told the Dalits that the polluted, untouchable Ganesha should not walk through their streets. This happened on September 1st.

The Dalits complained to the police asking for protection. The District Superintendent of Police (SP) and the Collector bought another Ganesha for the Dalits and tried to take out the procession on September 2nd. The upper castes - Boyas, Reddys, Telagas - got together and prevented the entire Revenue and the Police personnel including the SP and the Collector from passing through their street. They pelted stones and injured several policemen. They burnt down petty shops, chappal repair shops and some houses belonging to the Dalits in the presence of the Police. The Police opened fire to control the upper caste crowd. They failed to control them and postponed the procession to the next day.

On September 3rd the procession started again. The SP, the Collector, the Inspector General of Police, Rayalaseema zone and also the Minister for minor irrigation K.E. Prabhakar tried to lead the procession. The upper castes refused to allow the procession. The Minister and the top district

officials re-directed the procession to go through the Dalit settlement to a nearby tank where they immersed the Ganesha."

Seminar „Zerbrochene Menschen“ in Bad Boll „Solidarität mit der Dalit-Befreiungsbewegung in Indien“

Vom 19.-21. September 2003 hat in Bad Boll eine Tagung zur Dalitfrage stattgefunden, auf der zwei ‚Resource-Personen‘ aus Indien (Prof. Thorat vom ‚Indian Institute for Dalit Studies‘ und der Direktor des ‚Referats für Angelegenheiten der Dalits und Adivasis‘ der Südindischen Kirche, Pfarrer Premkumar), Südasienexperten/-innen aus dem universitären Bereich und Aktivist:innen von der Basis zusammenkamen und intensiv über die neuesten Entwicklungen in der internationalen Dalit-Solidaritätsarbeit und über Ansätze möglicher engerer gegenseitiger Kooperation und Anregung diskutierten.

Prof. Thorat hatte zunächst eine eher pessimistisch stimmende Einführung in die Lebenssituation der Dalits gegeben und v.a. die ‚Heimatlosigkeit‘ der Dalits in der indischen Kultur (und spezifischer: im Hinduismus) deutlich gemacht. Eines der größten Probleme der Dalits sei, dass es eigentlich keine kulturelle (wenigstens ideologische) Grundlage für die Forderung nach Gleichheit aller Menschen gebe. Der Hinduismus sei wesentlich auf Ungleichheit angelegt und biete damit nur wenig Ansätze für eine Reform, bei der sich die Reformer auf dieselben geistigen Traditionen wie die Reformgegner berufen könnten. Dies mag einer der tieferen Gründe dafür sein, warum sich das Kastensystem in seinen Grundprinzipien über Jahrhunderte bis heute halten konnte.

Eben diese besagte kulturelle ‚Heimatlosigkeit‘ der Dalits ist auch einer der wichtigsten Ansatzpunkte für die Dalitarbeit

der Südindischen Kirche (CSI). Sie bemüht sich (neben vielerlei Projekten, in denen es um die Sicherung der Lebensgrundlagen der Dalits geht) intensiv darum, den Dalits ein kulturelles und spirituelles Selbstbewusstsein zu vermitteln und dafür auch historische Wurzeln aufzudecken. Für die CSI ist es wichtig, bei den Dalits das Wissen und das Gefühl zu stärken, dass auch sie als Gruppe eine reiche und lebendige Tradition haben, auf die sie stolz sein können. Eine Tradition (auch vor ihre Konvertierung zurückreichend), die ihnen für die Zukunft Orientierungspunkte (z.B. im Blick auf den Widerstand gegen ihre Unterdrückung) geben kann.

Im Vortrag von W. Hahn über das ‚Internationale Dalit Solidaritäts Netzwerk‘ (IDSN) wurde deutlich, dass Solidaritätsarbeit nicht nur im materiellen und sozialen Bereich („needs based approach“), also in dem, was ‚traditionelle‘ Projektarbeit abdeckt, sondern v.a. auch im Bereich der Sicherung der Menschenrechte notwendig ist („rights based approach“). Über eine simple Bilanzierung der wichtigsten zivilen und sozialen Rechte konnte er zeigen, dass von gesicherten Menschenrechten für Dalits in Indien nicht die Rede sein könne. In kurzen Hinweisen zeigte er, wie das internationale Netzwerk versucht, diese Rechte einzufordern und dabei die indische Regierung über verschiedene UN- und EU-Menschenrechtsmechanismen unter Druck setzen und erreichen will, dass sich bei ihr ein politischer Wille aufbaut, die mit der Verfassung und mehreren Gesetzen sowie durch die Unterschrift unter einige UN-Konventionen gegebenen Verpflichtungen zur Sicherung der Menschenrechte auch einzulösen.

In Arbeitsgruppen wurden die Möglichkeiten zur Solidaritätsarbeit in Partnerschaftsgruppen näher dargestellt und weiter vertieft. Interessante Möglichkeiten bieten sich sicher bei solchen Partnerschaften, wenn

sie zusätzliche Anregungen aus dem Bereich von Wissenschaft und Netzwerkarbeit aufnehmen; die bisher am wenigsten erörterten und ausprobierten Chancen dürften dagegen im Bereich der Theologischen Hochschulen und Universitäten liegen. Die Ermöglichung verstärkter Kontakte zu Aktivisten, Hilfsorganisationen und Netzwerken ist nach der allgemeinen Einschätzung der Teilnehmer/innen noch eine wichtige Aufgabe für die Solidaritäts-Plattform.

Es ist schade, dass nicht mehr Dalitfreunde nach Bad Boll gekommen waren. Nach allgemeinem Eindruck war es eine Tagung auf anspruchsvollem Niveau, die eine Weiterarbeit unter spezifischen Fraugestellungen nahe legt.

(W. Hahn)

IDSN jetzt mit Vollzeit-Koordinatorin

Das „Internationale Dalit Solidaritäts Netzwerk“ (IDSN) hat seit dem 15. August eine beachtliche Verstärkung bekommen: durch finanzielle Beiträge der „Ladenburg-Stiftung“ (USA) und von „DanChurch Aid“ (DCA) wurde es möglich, eine Vollzeit-Koordinatorin (einschließlich einer Vollzeit-Sekretärin) anzustellen. Rikke Nöhrind, die schon bisher als Teil ihrer Arbeit als Menschenrechtsreferentin bei DCA im IDSN und im Aufbau eines dänischen Solidaritätsnetzwerkes aktiv war, hat die Stelle übernommen. Ihre Assistentin ist Maia Ingvardson. Das Büro ist im Gebäude von DCA untergebracht, allerdings mit separatem Eingang und eigener Postadresse. Die Finanzierung ist zunächst auf 2 Jahre, bis Juli 2005, gesichert.

Die Arbeit des Koordinierungsbüros wird von einem 15-köpfigen „steering committee“, das sich 2 Mal im Jahr trifft, angeleitet und ausgerichtet. Ihm gehören Vertreter/-innen der im IDSN mitwirkenden internationalen Menschenrechtorganisationen (4), den Netzwerken aus

den betroffenen Ländern (5) sowie den nationalen Solidaritätsnetzwerken (6) an.

Mit dieser Entscheidung wurde die, wegen der Lobbyarbeit mit der EU (Parlament und Kommission), zunächst vom IDSN vorgesehene Vertretung in Brüssel ad acta gelegt. Eine wirksame Vertretung des Dalitanliegens bei den VN in Genf ist schon durch die beiden IDSN-Mitglieder Peter Prove (Menschenrechtsreferent beim Lutherischen Weltbund) und Atsuko Tanaka (International Movement against all Forms of Discrimination and Racism) gewährleistet.

Die bisherige Teilzeitkoordinatorin Sanjukta Gosh, die von London aus gearbeitet hatte, wird planungsgemäß Ende Oktober ausscheiden und wahrscheinlich eine Tätigkeit in Indien aufnehmen.

(W. Hahn)

Menschenrechtsbericht der EU nimmt Dalit-Diskriminierung auf

Zum zweiten Mal nach 2001 hat das EU-Parlament in seinem „Bericht zur Lage der Menschenrechte in der Welt“ die Kastendiskriminierung bzw. die Diskriminierung aufgrund von Arbeit und Herkunft aufgegriffen. Folgende beiden Paragrafen, die deutlich über den Passus von 2001 hinausgehen, sind Bestandteil des Berichts:

162. Calls on the Council and the Commission to address and take concrete measures on the issue of caste discrimination in political dialogues and in EU development and trade cooperation with the countries concerned; calls for the establishment of bilateral consultative mechanisms on the issue and support for the emancipation of the Dalits through external assistance programmes; urges the EU to avail of every opportunity to ensure that the General Rec-

ommendation XXIX on Descent-based Discrimination, adopted by the UN Committee on the Elimination of Racial Discrimination in August 2002 be given the widest recognition in terms of implementation;

163. Calls on the Council to include in its human rights report an analysis on caste-based discrimination, as well as factual reports and a critical assessment of the effectiveness of the EU's Human Rights Policy in terms of addressing caste discrimination;

Damit wurden gute Voraussetzungen für eine weitere erfolgreiche Lobbyarbeit auf der Ebene der EU und ihrer Mitgliedsregierungen geschaffen.

Lobbyarbeit bei CERD trägt Früchte

Die aufgrund der intensiven Lobbyarbeit des IDSN vom „UN Committee on the Elimination of Racial Discrimination“ (CERD) am 22. August 2002 verabschiedete ‚Allgemeine Empfehlung XXIX‘ zur Diskriminierung aufgrund von Arbeit und Herkunft wird immer mehr zum Referenzpunkt für weitere Gremien und Institutionen bei ihren Appellen, die Kastendiskriminierung zu beseitigen. Im August 2003 hat die „Unterkommission für die Förderung und den Schutz der Menschenrechte“ eine Empfehlung an die Menschenrechtskommission ausgesprochen, die Staaten aufzufordern, nationale Aktionspläne zur wirksamen Bekämpfung und Beseitigung der Kastendiskriminierung aufzustellen. Hierbei sollte die ‚Allgemeine Empfehlung XXIX‘ als Richtschnur verwendet werden. Einen ähnlichen Hinweis enthält auch der EU-Menschenrechtsbericht des EU-Parlaments von diesem Jahr (s. oben).

Auch für die wichtige Weiterarbeit in der Unterkommission, bei der es um die Aufstellung eines Katalogs von Grundsätzen und Leitlinien für eine Politik zur Überwindung der Kastendiskriminierung gehen wird, soll die ‚Allgemeine Empfehlung XXIX‘ Leitlinie sein.

Das IDSN plant deshalb im Mai nächsten Jahres in Nepal eine Konferenz durchzuführen, bei der Vorschläge für diesen Katalog und Formulierungen für die Nationalen Aktionspläne erarbeitet werden sollen.

GENERAL RECOMMENDATION ON DESCENT-BASED DISCRIMINATION (XXIX)

The Committee on the Elimination of Racial Discrimination,

Recalling the terms of the Universal Declaration of Human Rights according to which all human beings are born free and equal in dignity and rights and are entitled to the rights and freedoms therein without distinction of any kind, including 'race, colour, sex, language, religion, social origin, birth or other status';

Recalling also the terms of the Vienna Declaration of the World Conference on Human Rights according to which it is the duty of States, regardless of political, economic and cultural systems, to promote and protect all human rights and fundamental freedoms;

Reaffirming General Recommendation XXVIII of the Committee which expresses wholehearted support for the Declaration and Programme of Action of the Durban World Conference against Racism, Racial Discrimination, Xenophobia and Related Intolerance;

Reaffirming also the condemnation of discrimination against persons of Asian and African descent, and indigenous and other forms of descent in the Durban Declaration and Programme of Action;

Basing its action on the provisions of the Convention on the Elimination of All Forms of Racial Discrimination which seeks to eliminate discrimination based on 'race, colour, descent, or national or ethnic origin';

Confirming the consistent view of the Committee that the term 'descent' in Article 1, paragraph 1 the Convention does not solely refer to 'race' and has a meaning and application which complements the other prohibited grounds of discrimination;

Strongly reaffirming that discrimination based on 'descent' includes discrimination against members of communities based on forms of social stratification such as caste and analogous systems of inherited status which nullify or impair their equal enjoyment of human rights;

Noting that the existence of such discrimination has become evident from

the Committee's examination of reports from a number of States Parties to the Convention;

Having organized a thematic discussion on descent-based discrimination and received the contributions of members of the Committee, as well as contributions from some governments and members of other United Nations bodies, notably experts of the Sub-Commission for the Promotion and Protection of Human Rights;

Having also received the contributions of a great number of concerned non-governmental organizations and individuals orally and through written information, providing the Committee with further evidence of the extent and persistence of descent-based discrimination in different regions of the world;

Concluding that fresh efforts, as well as the intensification of existing efforts, need to be made at the level of domestic law and practice to eliminate the scourge of descent-based discrimination and empower communities affected by it;

Commending the efforts of those States which have taken measures to eliminate descent-based discrimination and remedy its consequences;

Strongly Encouraging those affected states who have yet to recognize and address this phenomenon to take steps to do so;

Recalling the positive spirit in which the dialogues between the Committee and governments have been conducted on the question of descent-based discrimination and anticipating further such constructive dialogues;

Attaching the highest importance to its ongoing work in combating all forms of descent-based discrimination;

Strongly condemning descent-based discrimination, such as discrimination on the basis of caste and analogous systems of inherited status, as a violation of the Convention;

The Committee recommends the States Parties, as appropriate for their particular circumstances, to adopt some or all of the following measures:

MEASURES OF A GENERAL NATURE

1. To take steps to identify those descent-based communities under their jurisdiction who suffer from discrimination, especially on the basis of caste and analogous systems of inherited status, and whose existence may be recognized on the basis of various factors including some or all of the following: inability or restricted ability to alter inherited status; socially enforced restrictions on marriage outside the community; private and public segregation, including in housing and education, access to public spaces and places of worship, and public sources of food and water; limitation of freedom to renounce inherited occupations or degrading or hazardous work; subjection to debt bondage; subjection to dehumanizing discourses of pollution or untouchability; and generalized lack of respect for their human dignity and equality.

2. To consider the incorporation of an explicit prohibition of descent-based discrimination in the national constitution.

3. To review and enact or amend legislation in order to outlaw all forms of discrimination based on descent in accordance with the Convention.

4. To resolutely implement legislation and other measures already in force.

5. To formulate and put into action a comprehensive national strategy, with the participation of members of affected communities, including special measures in accordance with Articles 1 and 2 of the Convention, in order to eliminate discrimination against members of descent-based groups.

6. To adopt special measures in favour of descent-based groups and communities in order to ensure their enjoyment of human rights and fundamental freedoms, in particular concerning access to public functions, employment and education.

7. To establish statutory mechanisms, through the strengthening of existing institutions or the creation of specialized institutions, to promote respect for the equal human rights of members of descent-based communities.

8. To educate the general public on the importance of affirmative action programmes to address the situation of victims of descent-based discrimination.

9. To encourage dialogue between members of descent-based communities and members of other social groups.

10. To conduct periodic surveys on the reality of descent-based discrimination, and to provide disaggregated information in their reports to the Committee on the geographical distribution and economic and social conditions of descent-based communities, including a gender perspective.

Multiple Discrimination against Women members of Descent-Based Communities

11. To take into account, in all programmes and projects planned and implemented, and in measures adopted, the situation of women members of the communities, as victims of multiple discrimination, sexual exploitation and forced prostitution.

12. To take all measures necessary in order to eliminate multiple discrimination including descent-based discrimination against women, particularly in the areas of personal security, employment and education.

13. To provide disaggregated data for the situation of women affected by descent-based discrimination.

Segregation

14. To monitor and report on trends which give rise to the segregation of descent-based communities and to work for the eradication of the negative consequences resulting from such segregation.

15. To undertake to prevent, prohibit and eliminate practices of segregation directed against members of descent-based communities including in housing, education and employment.

16. To secure for everyone the right of access on an equal and non-discriminatory basis to any place or service intended for use by the general public.

17. To take steps to promote mixed communities in which members of affected communities are integrated with other elements of society and ensure that services to such settlements are accessible on an equal basis for other members of society.

Dissemination of Hate Speech including through the mass media and the Internet

18. To take measures against any dissemination of ideas of caste superiority and inferiority or which attempt to justify violence, hatred or discrimination against descent-based communities.

19. To take strict measures against any incitement to discrimination or violence against the communities, including through the Internet.

20. To take measures to raise awareness among media professionals of the nature and incidence of descent-based discrimination.

Administration of Justice

21. To take the necessary steps to secure equal access to the justice system for all members of descent-based communities, including by provision of legal aid, facilitation of group claims, and encouragement of non-governmental organizations to defend community rights.

22. To ensure where relevant that judicial decisions and official actions take the prohibition of descent-based discrimination fully into account.

23. To ensure the prosecution of persons who commit crimes against members of the communities and the provision of adequate compensation for the victims of such crimes.

24. To encourage the recruitment of members of descent-based communities into the police and other law enforcement agencies.

25. To organize training programmes for public officials and law-enforcement agencies with a view to preventing injustices based on prejudice against descent-based communities;

26. To encourage and facilitate constructive dialogue between the police and other law enforcement agencies and members of the communities.

Civil and political rights

27. To ensure that authorities at all levels in the country concerned involve members of descent-based communities in decisions which affect them.

28. To take special and concrete measures to guarantee to members of descent-based communities the right to participate in elections, to vote and stand for election on the basis of equal and universal suffrage, and to have due representation in government and legislative bodies.

29. To promote awareness among members of the communities of the importance of their active participation in public and political life, and eliminate obstacles to such participation.

30. To organize training programmes to improve the political policy-making and public administration skills of public officials and political representatives who belong to descent-based communities.

31. To take steps to identify areas prone to descent-based violence in order to prevent the recurrence of such violence.

32. To take resolute measures to secure rights of marriage for members of descent-based communities who wish to marry outside the community.

Economic and Social Rights

33. To elaborate, adopt and implement plans and programmes of economic and social development on an equal and non-discriminatory basis;

34. To take substantial and effective measures to eradicate poverty among descent-based communities and combat their social exclusion or marginalization;

35. To work with intergovernmental organizations, including international financial institutions, to ensure that development or assistance projects which they support take into account the economic and social situation of members of descent-based communities.

36. To take special measures to promote the employment of members of affected communities in the public and private sectors.

37. To develop or refine legislation and practice specifically prohibiting all discriminatory practices based on descent in employment and the labour market.

38. To take measures against public bodies, private companies, and other associations who investigate the descent background of applicants for employment.

39. To take measures against discriminatory practices of local authorities or private owners with regard to residence and access to adequate housing for members of affected communities.

40. To ensure equal access to health care and social security services for members of descent-based communities.

41. To involve affected communities in designing and implementing health programmes and projects.

42. To take measures to address the special vulnerability of children of descent-based communities to exploitative child labour.

43. To take resolute measures to eliminate debt bondage, and degrading conditions of labour associated with descent-based discrimination.

Right to education

44. To ensure that public and private education systems include children of all communities and do not exclude any children on the basis of descent.

45. To reduce school dropout rates for children of all communities, in particular for children of affected communities with special attention to the situation of girls.

46. To combat discrimination by public or private bodies and any harassment of students who are members of descent-based communities.

47. To take necessary measures in co-operation with civil society to educate the population as a whole in a spirit of non-discrimination and respect for the communities subject to descent-based discrimination.

48. To review all language in textbooks which convey stereotyped or demeaning images, language, names or opinions concerning descent-based communities and replace them by images, language, etc., which convey the message of the inherent dignity of all human beings and their equality in human rights.

Dalit-Info Nr. 7 – Oktober 2003

Herausgeber: Plattform Dalit Solidarität in Deutschland (DSiD); Koordinator: Walter Hahn,

Kontaktadresse: Gänsheidestraße 83, 70186 Stuttgart, Tel.: 0711/24839540 (**Bitte veränderte Telefonnummer beachten!**), Fax: 0711/24839550, e-mail: w.hahn@brot-fuer-die-welt.org

Spenden für unsere Arbeit sind sehr willkommen. Spendenkonto der Plattform bei: Postbank Frankfurt, Kto-Nr.: 944 522 604, BLZ: 500 100 60, Stichwort: Dalitsolidarität – P.Müller.

Unsere website www.dalit.de wird derzeit überarbeitet und sollte ab Ende Oktober weitestgehend zugänglich sein.

In der „Plattform Dalit Solidarität in Deutschland“ arbeiten u.a. folgende Organisationen zusammen: Brot für die Welt, Caritas, Adivasi-Koordination, Evang. Studentengemeinde II Frankfurt, Ev. Missionswerk in Hamburg, die Missionswerke in Südwestdeutschland, Nordelbien und Niedersachsen, Missio Aachen, DESWOS, das Dritte Welt Haus Frankfurt, Andheri-Hilfe, Aktionsgemeinschaft Solidarische Welt, Indienhilfe Herrsching, Aide à l'enfance de l'Inde (Luxemburg), das Ökumenische Zentrum in Frankfurt, Inkota, HEKS (Schweiz) und viele Einzelpersonen aus dem Bereich von Aktionsgruppen, Publizistik und Wissenschaft, sowie Misereor und EED als Beobachter

Den Grundsätzen der Plattform entsprechend ist diese „Dalit-Info“ offen für Beiträge verschiedener Ansätze und Richtungen der Dalit-„Bewegungen“ in Indien und für die Netzwerke aus anderen südasiatischen Ländern bzw. über den Kreis des „International Dalit Solidarity Network“ (IDSN) hinaus. Die enge Verflechtung mit der Arbeit der in-

dischen „National Campaign on Dalit Human Rights“ und dem IDSN ist jedoch wesentliche Voraussetzung der Informations- und Lobbyarbeit hier in Deutschland.